

## Staatssozialismus und individuelles Handeln: nichtbeabsichtigte Folgen staatlichen Handelns in der DDR

Huinink, Johannes

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Huinink, J. (1997). Staatssozialismus und individuelles Handeln: nichtbeabsichtigte Folgen staatlichen Handelns in der DDR. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden ; Band 2: Sektionen, Arbeitsgruppen, Foren, Fedor-Stepun-Tagung* (S. 342-346). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-138903>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Huinink am Beispiel der DDR Sozialpolitik (»Sozialpolitik und individuelles Handeln: Zu unbeabsichtigten Folgen politischer Interventionen am Beispiel der DDR«). Ähnlich argumentierte auch *Andreas Diekmann* für den Bereich der Umweltpolitik (»Homo Öconomicus: Modelle rationalen Handelns und Umweltpolitik«). Schließlich zeigte *Norman Braun*, daß eine harte Politik gegenüber »weichen« Drogen unter bestimmten Umständen sogar zu einem Anstieg des Konsums »harter« Drogen führen kann (»Reduziert das Cannabis-Verbot den Konsum harter Drogen?«).

Einer etwas anderen Thematik aus dem dritten Bereich widmete sich *Martin Abraham* (»Betriebliche Sozialleistungen, Status und individuelle Produktivität«), indem er untersuchte, wie rationale Arbeitnehmer auf »betriebliche Sozialpolitik« reagieren.

Die restlichen drei Vorträge waren nicht dem Thema »Modellbildung und Sozialpolitik« gewidmet, sondern beschäftigten sich mit »Vertrauen in modernen Gesellschaften«, dem Thema der Plenarveranstaltung I. *Michael Terwey* und *Detlef Pollack* sprachen über »Institutionenvertrauen in Deutschland: Differenz und Integration«. *Frank Lettke* hielt einen Vortrag über »Vertrauen, Habitus und sozialer Wandel«. Schließlich referierte *Matthias Junge* über »Vertrauen und die normative Kultur der Lebensführung im Modernisierungsprozeß«.

Der sehr gute Besuch der Veranstaltung und die fruchtbaren Diskussionen im Anschluß an die Vorträge zeigten, daß nicht wenige Kolleginnen und Kollegen eine modellgeleitete Sozialpolitik für ein wichtiges Unterfangen halten.

## **2. Staatssozialismus und individuelles Handeln Nichtbeabsichtigte Folgen staatlichen Handelns in der DDR**

*Johannes Huinink*

### *1. Einführung*

Die staatssozialistische Politik in der DDR sollte die politische Loyalität und die Leistungsbereitschaft der DDR-Bürger und das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der ideologischen Ansprüche des politischen Systems sichern. Die autoritär-bürokratische und paternalistische Herrschaft hat jedoch völlig entgegen den erklärten Zielen dazu beigetragen, daß ein großer Teil der Bevölkerung eine Strategie des *gemeinschaftlichen Opportunismus* dem Staat gegenüber verfolgte.

### *2. Der Charakter autoritär-bürokratischer und paternalistischer Herrschaft*

Die Machtelite in staatssozialistischen Gesellschaften wie der DDR hat ihren ideologischen Anspruch darauf, das alleinige Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung zu sein, ernst genommen. Dieser Anspruch zielte auf die Strukturbestimmung und Kontrolle des gesamten politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Geschehens ab. Die Bürger waren »in ihrer Gesamtheit auf eine organisationsspezifische Logik verpflichtet« (Pollack 1994: 60).

Auf der einen Seite führte dieser Herrschaftsanspruch zu dem Versuch einer umfassenden staatlichen Bevormundung der Bürger in allen Lebensbereichen. Den Bürgern wurden faktisch wirksame Einflußmöglichkeiten versagt. Jede Verantwortung in bezug auf die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse wurde ihnen abgenommen, auch wenn die gemeinsame Verantwortung aller Bürger beschworen und der solidarische Einsatz jedes einzelnen für das sozialistische Kollektiv und die sozialistische Gesellschaft verlangt wurde. Auf der anderen Seite mußten die Machthaber sich ihrer Verantwortung stellen und die Interessen der Bevölkerung ernstnehmen, wenn sie nicht riskieren wollten, ausschließlich durch Zwang und Kontrolle die staatliche Ordnung sichern zu müssen.

Der Staat bediente sich zur Umsetzung seines Anspruchs eines bürokratischen Planungs- und Verwaltungssystems. Dem bürokratischen System mangelte es aber an Transparenz und Berechenbarkeit. Das Prinzip der Gründung auf Sachkompetenz und Professionalität war verletzt (Srubar 1991: 419f.). Die Machthaber setzten auch Zwangsmittel sowie eine systematische Kontrolle und Bespitzelung der Bürger ein, um ihren Herrschaftsanspruch zu sichern. Dazu gehörte die weitgehende Einschränkung der Möglichkeiten zu Exit und Voice.

Auch die Sozialpolitik in diesen Herrschaftssystemen kennzeichnete der ambivalente Charakter des sozialistischen Paternalismus (Meyer 1989). Sozialpolitik sollte einerseits auf die Orientierungen und die Lebensgestaltung der Bürger Einfluß nehmen und war ein wichtiges Steuerungsinstrument des Staates. Sie hatte sich andererseits zu den Vorgaben der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der übernommenen Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern zu bekennen. Der Staat nahm mit seiner paternalistischen Sozialpolitik diesen ideologisch fixierten Fürsorgeauftrag den Bürgern gegenüber zweifellos wahr. Es gab weitreichende existentielle Garantien (Recht auf Arbeit, Bildung und Wohnung) und ein umfassendes System staatlicher und betrieblicher Fürsorgeleistungen in allen Lebensbereichen.

Sozialpolitik schafft Opportunitäten und erweitert über ihre Sicherungs- wie über ihre Versorgungsfunktion individuelle Handlungsspielräume (Vobruba 1991: 32f.). Dabei ist keineswegs garantiert, daß die Akteure die gewonnenen Handlungsspielräume und -ressourcen im Sinne der staatlichen Intentionen nützen. Sicherlich hatte die DDR-Sozialpolitik einen sehr großen Einfluß auf die individuelle Lebensgestaltung der Bürger (Mayer, Huinink et al. 1995). Es lassen sich aber zahlreiche Beispiele für Folgen individueller Reaktionen auf sozialpolitische Maßnahmen im kollektivem Maßstab beobachten, die kaum mit den Zielen des Staates vereinbar gewesen sein dürften (Huinink 1996).

### 3. Das Verhältnis von Individuum und Staat in der DDR

Die These ist, daß sich in staatssozialistischen Gesellschaften wie der DDR in weiten Teilen der Bevölkerung ein bestimmter Modus des Umgangs der Bürger mit den oben skizzierten gesellschaftlichen Verhältnissen ausgebildet hat. Dazu gibt es eine Reihe von Vorschlägen (Mühler/Wippler 1993, Schröder 1990). Wir hatten es zunehmend mit einer *gemeinschaftlichen Strategie des Opportunismus* dem Staat gegenüber zu tun. Der Staat hat Leistungen bereitgestellt, die von den Bürgern genutzt wurden, ohne daß sie die von ihnen abverlang-

ten Beiträge zu wirtschaftlicher Produktivität und politischer Loyalität erbrachten und ohne daß sie eine moralische Verpflichtung für ein öffentliches Engagement über das »formale Bedienen« hinaus ableiteten. (Srubar 1991: 419).

Schon in konjunkten Herrschaftssystemen werden die Untergebenen versuchen, die Vorteile des Herrschaftssystems zu genießen und die Führung und ihre Getreuen die Arbeit machen zu lassen, ohne ihren Beitrag zur Produktion der Güter zu leisten, falls keine institutionellen Regelungen (Normen) und Anreizstrukturen dagegen sprechen (Coleman 1990: 78ff.). Unter den Bedingungen einer autoritär-bürokratischen, paternalistischen Herrschaft ist die Wahrscheinlichkeit des Trittbrettfahrens aus verschiedenen Gründen besonders hoch gewesen:

- Die Akteure hatten in diesem System weitgehende, einklagbare Garantien der existentiellen Sicherung, für deren Verweigerung hohe Hürden angelegt waren.
- Die Bürger als Untergebene waren »stimm- und verantwortungslos« zugleich. Man konnte sachlich begründete Mißstände beklagen und im Rahmen der ideologischen Vorgaben begründbare Leistungen und Verbesserungen einklagen, ohne aber einen Einfluß auf die Entscheidungsprozesse zu besitzen. Affirmatives öffentliches Engagement hatte seine Kosten, da man sich den ideologischen Vorgaben und einer starken politischen Kontrolle unterwerfen mußte. Kritisches öffentliches Engagement hatte sehr hohe Kosten zur Folge.
- Die paternalistische Herrschaftselite bediente sich selektiver positionaler Anreize und privilegierter Belohnungsstrukturen, sich für den Staat einzusetzen (Ettrich 1991, Srubar 1991: 419f.). Mit der Praxis persönlicher Patronage verspielte der Staat Anspruch auf moralische Autorität. Die Distanzierung von der Staatsmacht wurde als moralische Entlastung bewertet. Den gleichen Effekt hatte die ideologische Kontrolle und Bespitzelungspraxis.

Faktisch hatte das Herrschaftssystem der DDR starke disjunkte Züge, da gerade die Interessenskongruenz zwischen Bürger und Staat nicht gegeben war (Coleman 1990: 449). Wir haben in diesem Fall eher ein principal-agent-Problem vorliegen. Die agents sind in solchen bürokratischen Strukturen als zielverfolgende Akteure mit eigenen Interessen zu betrachten, die sie nie vollständig durch das Interesse des principals bestimmt sein lassen dürften (Coleman 1990: 422ff.). Da in der DDR in vielen Bereichen Ressourcenmangel für eine den steigenden individuellen Ansprüchen gemäße Lebensführung herrschte, lagen für die agents »kompensatorische« Maßnahmen nahe, wie sie eine vom offiziellen Planungssystem abgekoppelte Tauschwirtschaft bieten konnte. Dabei wurden die organisatorischen und planerischen Schwächen des Systems ausgenutzt. Man gebrauchte für sich die gesellschaftlichen, betrieblichen und sonstigen öffentlichen Ressourcen, die zur Produktion der gesellschaftlichen Wohlfahrt vorgesehen waren und überschritt dabei auch den Rahmen der Legalität. Die Exit-Option, auch eine Möglichkeit der Verbesserung der individuellen Wohlfahrt, war sehr kostenträchtig und praktisch ausgeschlossen. So mußten die aus der Öffentlichkeit umgelenkten Aktivitäten im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten gestaltet werden.

Dabei half eine Kontrollstruktur, die durch lange Kontrollzyklen gekennzeichnet war. Diese Konstellation begünstigte das opportunistische Verhalten von den Bürgern dem Staat

gegenüber. (Coleman 1990: 452; Weede 1992: 186). Die Vorgesetzten mußten zudem daran interessiert sein, möglichst positive Ergebnisse aus ihrem Verantwortungsbereich weiterzugeben, um nicht selber unter Druck zu geraten. Sie waren mehr oder weniger erpreßbar und sicherten die »verantwortungslose« Strategie der Untergebenen zusätzlich ab.

Die Folge war, daß sich viele Bürger auf den formalen Vollzug geforderter Leistungen und Loyalitätsbekundungen beschränkten und Disengagement und Opportunismus übten. Sozialpolitische Regelungen bildeten dabei wichtige Entlastungs-, Absicherungs- und Versorgungsmechanismen für den Rückzug ins Private. Das Interesse des Staats an der Unterdrückung der opportunistischen Strategie seiner Bürger muß in dem Maße gesunken sein, wie die Duldung dieses Handelns zur Absicherung seiner Machtposition beitrug. Es gab ein Stillhalteabkommen, das so lange funktionierte, wie beide Parteien in hinreichender Weise ihre Interessen verfolgen konnten (Mühler/Wippler 1994: 706).

Dennoch wurden die staatlichen Interessen durch die extensive Form des Opportunismus verletzt. Sie stellte eine ideologische und machstrategische Bedrohung des Status quo dar und führte zu einer Zweckentfremdung knapper Güter. Der Staat praktizierte daher Disziplinierung, Unterdrückung von Kritik und eine gewaltsame Einschränkung individueller Grundrechte und Handlungsspielräume.

Daher mußte die Trittbrettfahrerstrategie gegenüber dem durch die Stärkung *gemeinschaftlicher* Strukturen abgesichert werden. Zudem verlangte die sich entwickelnde »zweite Gesellschaft« mit ihren Tauschstrukturen eine soziale Basis. Gegenseitige gemeinschaftliche Deckung und Solidarität waren der Strategie des kollektiven Opportunismus daher förderlich. Die Begründung läßt sich mit Granovetters Theorie der sozialen Einbettung (Granovetter 1985) führen. Sowohl in positiver, wie in negativer Hinsicht kann diese Theorie gut bestätigt werden. Es gab eine auf gegenseitigem Vertrauen basierende Solidarität, es gab auch den Verrat bis hin zum Verrat durch den Ehepartner und Freund. Man kann auf einige weitere theoretische und empirische Arbeiten, die den Effekt persönlicher Beziehungen belegen (Braun 1992, Bohnet/Frey 1994).

In der DDR konnte man einerseits an traditionelle, gemeinschaftliche Vergesellschaftungsformen anknüpfen. Sie boten sich für die Akteure als soziale Strukturen für die »zweite Gesellschaft« an. Andererseits wurde mit den Kollektiven vom Staat eine Vorgabe sozialer Strukturmuster durchgesetzt, die als eine wichtige Basis der gemeinschaftlich organisierten Vernetzungen in der zweiten Gesellschaft und im sozialen Alltagsgeschehen dienten. Die Kollektive wurden von den Mitgliedern als Gestaltungsraum für gemeinschaftliche Beziehungen und Unternehmungen genutzt (Schlegelmilch 1995). Die staatlichen Eingriffe in die gemeinschaftlich organisierte Lebenswelt der Bürger, ihre engen sozialen Netzwerke und Gruppen konnten begrenzt werden. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die besondere Bedeutung der Betriebe als wichtige Lieferanten sozialpolitischer Leistungen und sonstiger Ressourcen zu verstehen.

Immer mehr rückte seit den 70er Jahren für den Staat notgedrungen das Ziel der instrumentellen Befriedigung der Bevölkerung zur reinen Sicherung der Herrschaftsverhältnisse in den Vordergrund (Mühler/Wippler 1993). Das war ein Mittel um die Kontrollkosten zu begrenzen. Etwaige Rücknahmen von individuell nutzbringenden Leistungen wurden wegen der zunehmenden legitimatorischen Schwäche und der ideologischen Gebundenheit

des Staates nicht akzeptiert. Sie wären nur unter großen Kosten für ihn durchzusetzen gewesen. Der Staat hätte den Stillhaltepakt mit der Bevölkerung gefährdet. Das Drohpotential der Bevölkerung war nicht gleich null, wie sich in der Wende zeigen sollte, nachdem sich aus verschiedenen Gründen das Gleichgewicht, das dem Burgfrieden zu Grunde lag, zerstört wurde.

### Literatur

- Bohnet, Iris und Bruno S. Frey 1994, Kooperation, Kommunikation und Kommunitarismus. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46: 453-463.
- Braun, Norman 1992, Altruismus, Moralität und Vertrauen. In: Analyse & Kritik, 14: 177-186.
- Coleman, James S. 1990, Foundations of Social Theory. Cambridge.
- Ettrich, Frank 1991, Neotraditionalistischer Staatssozialismus. Zur Diskussion des Forschungskonzeptes. In: Prokla, 22: 98-114.
- Granovetter, Mark 1985, Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. In: American Journal of Sociology, 91: 481-510.
- Huinink, Johannes, Karl Ulrich Mayer et al. 1995, Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach. Berlin.
- Huinink, Johannes 1996, Sozialpolitik und individuelles Handeln. Zu unbeabsichtigten Folgen politischer Intervention am Beispiel der DDR. In: Zeitschr. f. Sozialreform, 42: 1-16.
- Meyer, Gerd 1989, Sozialistischer Paternalismus. Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik. In: Rytelewski, Ralf (Hg.), Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern. Sonderheft 20 der Politischen Vierteljahreshefte. Opladen: 426-448.
- Mühler, Kurt und Reinhard Wippler 1993, Die Vorgeschichte der Wende in der DDR. Versuch einer Erklärung. In: KZfSS, 45: 691-711.
- Pollack, Detlef 1994, Kirche in der Organisationsgesellschaft. Stuttgart.
- Schlegelmilch, Cordia 1995, Zwischen Umbruch und Individualisierung – Gemeinschaftserfahrungen im Umbruch. In: Gensior, Sabine (Hg.), Frauenarbeit im ost-westdeutschen Vergleich. Berlin: 27-50.
- Srubar, Ilja 1991, War der reale Sozialismus modern? In: KZfSS, 43: 415-433.
- Vobruba, Georg 1991, Jenseits der sozialen Fragen. Frankfurt/M.
- Weede, Erich 1992, Mensch und Gesellschaft. Tübingen.

Johannes Huinink, Universität Leipzig, Institut f. Soziologie, Augustusplatz 9, D-04109 Leipzig

### 3. Institutionenvertrauen in Deutschland – Differenz und Integration

*Michael Terwey und Detlef Pollack*

Die angesichts weitreichender wirtschaftlicher, technologischer und gesellschaftlicher Herausforderungen in der Politik angebotenen Problemlösungen werden vielfach skeptisch beurteilt. Oft fallen, wenn die politische Lage Deutschlands diskutiert wird, Ausdrücke wie Vertrauenskrise, politische Entfremdung, Legitimitätsverlust und Politikverdrossenheit. Im